

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



**STREIFLICHT
ITALIEN**

**Juli - September
2021**

THEMEN

- ∞ IN EIGENER SACHE
- ∞ KRIMINELL ODER GEFEIERT? DAS PARADOX DER SEENOTRETTUNG
 - DER FALL ETIENNE
 - PROZESS OPEN ARMS GEGEN SALVINI
- ∞ ITALIEN UND LIBYEN
 - DIE SCHLIEßUNG DER MITTELMEERROUTE UND DIE KRIMINALISIERUNG DER RETTUNG
 - ITALIENISCHE FISCHER IN LIBYSCHEN GEFÄNGNISSEN
 - ABSCHIEBUNG AUS LIBYEN MIT ITALIENISCHEN ZOLLFAHNDUNGS-T-SHIRTS
- ∞ KRIMINALISIERUNG VON ‚BOAT DRIVERS‘
- ∞ KRIMINALISIERUNG DER HILFE VON GEFLÜCHTETEN
- ∞ DIE POLITISCHE SITUATION IN TUNESIEN
 - DER PROTEST DER FISCHER*INNEN IN ZARZIS
- ∞ ITALIENISCHE INNENMINISTERIN: MIGRATION IST KEIN KONJUNKTURPHÄNOMEN
- ∞ FEUER ZERSTÖRT SAISONARBEITER*INNEN-CAMP UND FORDERTE EIN TODESOPFER
- ∞ NEUES DEKRET FÜR SAISONARBEITER*INNEN
- ∞ EINFLUSS DER PANDEMIE AUF MIGRANTISCHE ARBEITER*INNEN
- ∞ DUBLIN: URTEIL GEGEN DIE RÜCKÜBERSTELLUNG NACH ITALIEN

In eigener Sache

Liebe Leser*innen, im Jahr 2021 haben wir drei Corona Updates Italien, 11 Scirocco – Kurzinfos Italien, drei Streiflichter Italien und sieben Central Med Infos zur Situation auf See im Zentralen Mittelmeer herausgeben. Dazu gesellen sich sechs Artikel zu diversen Themen, die unser Italien-Büro seit Januar 2021 veröffentlicht hat. Hinter all diesen Informationen stecken viele Stunden der Recherche und Auswertung. Nun brauchen wir eine kleine Verschnaufpause! Dieses Streiflicht ist ein wenig länger als sonst, denn es muss nun für eine Weile reichen – ab Januar 2022 sind wir wieder für Euch da! Danke für die Geduld und das Interesse!

Kriminell oder gefeiert? Das Paradox der Seenotrettung

Der Fall Etienne

38 Tage lang musste der dänische Tanker Maersk Etienne mit 27 geretteten Geflüchteten an Bord darauf warten, dass diese an Land gehen durften - das längste sog. standoff in der Geschichte der Seenotrettung. Die zivile Seenotrettungsplattform Mediterranea war damals eingeschritten und hatte die Menschen mit ihrem Schiff Mare Jonio übernommen, um sie nach Pozzallo zu bringen. Ein Jahr ist vergangen. Mediterranea wurde vom dänischen Reederverband im Mai 2021 mit dem Seafarers Award 2021 ausgezeichnet. Die Besatzung der Etienne hingegen erhält eine Ehrung der IMO, der internationalen Schifffahrtsorganisation: „Die Rettung von Migrant*innen ehrt insbesondere Kapitän Volodymyr Yeroshkin und die gesamte Besatzung des Tankers Maersk Etienne: für ihren Mut, ihre Professionalität und ihren Respekt für die edelsten Traditionen des Seerechts.“ Zeitgleich geht die Staatsanwaltschaft Ragusa (Sizilien) davon aus, dass Mediterranea bezahlt worden sei für das Anland-Bringen. Gegen sie läuft nun ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zur illegalen Einreise ([wir berichteten hier](#)). Doch leider handelt es sich hier nicht nur um ein Paradox in der Seenotrettung: der Fall der Etienne hat [viele Handelsschiffe davon abgehalten](#), mit der zivilen Seenotrettung zu kooperieren. Stattdessen werden die Geretteten nun eher – unrechtmäßigerweise – der sog. libyschen Küstenwache übergeben. Es gilt das

Non-Refoulement Gebot, ein Zurückschiebungsverbot, dass es EU-Staaten untersagt, Menschen in nicht sichere Länder wie z.B. Libyen zurückzuschieben.



Die Mare Jonio von der Plattform Mediterranea. Foto: Mediterranea

Prozess Open Arms gegen Salvini

Der Prozess im Fall Open Arms gegen den ehemaligen Innenminister Italiens Matteo Salvini (Salvini hatte der Open Arms mit 147 Geretteten an Bord über mehr als zwei Wochen die Einfahrt in einen italienischen Hafen verweigert und steht nun wegen Freiheitsberaubung vor Gericht, [wir berichteten hier](#)) begann am 15. September in Palermo, wurde jedoch gleich [vertagt auf den 23. Oktober](#). Der Präsident der 2. Sektion des Gerichtes in Palermo Roberto Murgia wird nun gemeinsam mit den Staatsanwälten die zu vernehmenden Zeug*innen festlegen und einladen. Die Verhandlung am 23. Oktober könne gut und gern [fünf oder sechs Stunden dauern](#), so Murgia.

Eine gute Nachricht erreichte uns von der Sea-Watch 4, die nach einer Hafenstaatkontrolle am 17. September [endlich freigekommen](#) ist und sich am 22. September auf den Weg nach Burriana (Spanien) machte, wo sie für den nächsten Einsatz vorbereitet wird. Das Schiff war im Mai 2021 von den italienischen Behörden festgelegt worden. Eine Zusammenfassung der Rettungsereignisse der letzten Wochen findet sich im wöchentlichen Newsletter des Europäischen Flüchtlingsrats [ECRE](#).

Italien und Libyen

Die Schließung der Mittelmeerroute und die Kriminalisierung der Rettung

„Lächelnde Gefängniswärter, Geflüchtete, die Beachvolleyball spielen und im Meer baden, aufpolierte Gefängnisse wie in einer Wochenschau des Istituto Luce (ein filmisches Propagandainstitut aus den 1930er Jahren). Das Einzige, was fehlt, um der Propaganda Mussolinis würdig zu sein, ist Dbeibah, der libysche Ministerpräsident, der mit den Migrant*innen am Strand spielt oder selbst die Gefängnisse reinigt.“ So zynisch beginnt der Journalist und Filmemacher [Valerio Nicolosi sein Essay über die italienische Abschottungspolitik](#). Italien ist für Libyen ein wichtiger Geschäftspartner. Die Bilder der „fröhlichen“ Gefängnisse dienen, um eventuelle Gewissensbisse bei der italienischen Regierung auszuhebeln. Nicolosi kritisiert Mario Draghi, den italienischen Premier, als jemanden, der weiter als alle anderen Regierungschef*innen und Politiker*innen vor ihm gegangen sei: er tue so, als sei Libyen ein völlig normales Land. Kein Wort über die Misshandlungen, die Missbräuche, das Leiden der dort in der Falle sitzenden Geflüchteten. Auch kritisiert der Autor den Umgang mit der Seenotrettung: unter Draghi und seiner Innenministerin Lamorgese sei es nachweisbar zu mehr Blockaden von zivilen Seenotrettungsschiffen gekommen als unter dem rechtsgerichteten Matteo Salvini, vormaliger Innenminister. Schloss letzterer die Häfen, laufen die Schiffe nun erst gar nicht aus. Dies hat sich im August 2021 zum Glück ein wenig verändert, aber auf welcher Basis hier politische Entscheidungen gefällt werden, ist weiterhin unklar. Seit 2016 setze sich die Situation der Abschottung in Italien gerade im Umgang mit den zivilen Seenotrettungs-NGOs fort.

Rettung unerwünscht

borderline-europe hat zu dem Thema der Abschottung auf See genauer recherchiert und eine **brandneue Broschüre** erstellt: **„Rettung unerwünscht – Italiens Versuche, die Seenotrettung Geflüchteter zu kriminalisieren“**

Hier beschreiben wir den Werdegang und die Veränderung der Kriminalisierung von Rettungen im jeweiligen politischen Kontext seit dem Jahr 2002

bis ins Jahr 2020. Die Broschüre ist nur online erhältlich und findet sich auf unserer Homepage



Auch die Agentur FRA (European Agency for Fundamental Rights) hat in einem [Update](#) vom 18. Juni festgestellt, dass die [Zivile Seenotrettungs-Flotte blockiert und kriminalisiert](#) wird, während die Zahl der Toten steigt und die Rückkehr in die libyschen Gefängnisse weitergeht.

Italienische Fischer in libyschen Gefängnissen

Seit mehr als zehn Jahren erleben die [italienischen Fischer*innen aus Mazara del Vallo \(Sizilien\)](#) die Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik hautnah mit: Sie haben tausende Asylsuchende und Migrant*innen aus Seenot gerettet und kooperierten mit italienischen Behörden bevor diese die ‚irreguläre‘ Einreise nach Italien unter Strafe stellte. Auf die Preise für die Seenotrettung, die sie erhielten, wurden die Fischer*innen aus Mazara zunehmend mit Feindseligkeiten seitens Italiens und schließlich der sog. libyschen Küstenwache konfrontiert und einige von ihnen wurden für ihre Aktivitäten in libyschen Gefängnissen inhaftiert. Bereits im Jahr 2007 rettete eine Besatzung aus Mazara ein in Seenot geratenes Schlauchboot mit

Migrant*innen und Asylsuchenden: Dies sei kein politischer Akt gewesen, sondern „einfach sinnvoll“, erinnert sich der Fischer Pietro Russo. „Wir haben nie jemanden im Stich gelassen (...) Wir halten uns an die Gesetze des Meeres. Für uns sind das keine Migrant*innen, sondern einfach Menschen, die sich auf dem Meer verloren haben und denen wir helfen müssen“. Anfangs seien die italienischen Behörden noch auf die Fischerboote aus Mazara zugekommen und baten sie um Hilfe bei der Seenotrettung. Seit Italien jedoch 2009 den Freundschaftsvertrag mit dem damaligen libyschen Diktator Muammar Gaddafi unterzeichnete, wandelte sich das Verhältnis zwischen den Fischer*innen und den Behörden rasch. Von nun an hatte die „Eindämmung der irregulären Migration“ Priorität über der Rettung von Menschenleben. Die Fischer*innen sahen sich der Gefahr ausgesetzt, wegen Beihilfe zur irregulären Einwanderung angeklagt zu werden, sobald sie Geflüchteten in Seenot Hilfe leisteten. Es habe „Mazara del Vallos Flotte nicht abgeschreckt, aber (...) den bürokratischen Aufwand – und das potenzielle rechtliche Risiko – für Zivilist*innen erhöht, Menschen in Not zu retten“. Mit dem Ende der italienischen Such- und Rettungsmission Mare Nostrum im Oktober 2014 und dem Anstieg der Migrationsbewegungen auf dem Mittelmeer in den folgenden Jahren eskalierte das Verhältnis zwischen den Fischer*innen und den Behörden zusehends. Zuerst zogen sich die italienischen und EU-Marineeinheiten langsam aus den stark frequentierten Mittelmeerrouten zur Migration nach Europa zurück, dann nahmen die Einschüchterungsversuche und gewalttätigen Übergriffe der sog. libyschen Küstenwache gegen die Flotten aus Mazara zu. Das Memorandum of Understanding (MoU) mit Libyen, welches die Finanzierung, Ausrüstung und Ausbildung libyscher Behörden durch die EU sowie die Einrichtung einer libyschen Seenotrettungszone (SAR zone) regelte, wurde von der sizilianischen Fischergewerkschaft UILA Pesca abgelehnt, erklärte ihr Vorsitzender Tommaso Macaddino gegenüber The New Humanitarian: „Wir wussten bereits, dass die Übertragung der Kontrolle über dieses Gebiet an die Libyer einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen würde, nicht nur für die Migrant*innen, sondern auch für die Italiener*innen.“ Damit sollte Macaddino Recht behalten. In den folgenden Monaten kam es nicht nur

zu mehreren Gerichtsverfahren wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ sowie „Ungehorsam gegenüber dem Militär“, sondern auch zu der Inhaftierung 18 italienischer Fischer in Libyen im vergangenen September. Erst nach 100 Tagen konnten die Fischer*innen wieder nach Sizilien zurückkehren. Die physischen und psychischen Wunden der Inhaftierung aber bleiben. „Unsere Geschichten zeigen, dass Libyen als Ganzes für niemanden ein sicherer Hafen ist“, erzählte Ben Thameur, einer der inhaftierten Fischer*innen aus Mazara. „Wenn selbst EU-Bürger*innen wie ich dort nicht sicher sind, kann man sich vorstellen, wie es sich für Migrant*innen anfühlen muss, die niemanden haben, der ihnen beisteht“. Die Geschichten der sizilianischen Fischer*innen bezeugen die erheblichen Gefahren italienischer und europäischer Geschäfte mit Libyen. Die EU verschließt nach wie vor die Augen vor der Gewalt libyscher Behörden, wenn sie sich auf nichts anderes als die Eindämmung von Migrationsbewegungen nach Europa fokussiert. Diese Strategie frustriert die Fischer*innen von Mazara del Vallo ebenso wie sie das Mittelmeer zur tödlichsten Grenze der Welt werden lässt. Das Jahr 2021 entwickelt sich zum tödlichsten Jahr im zentralen Mittelmeer seit 2017 – auf 22 Menschen, welche die Überfahrt in diesem Jahr überlebten, kommt ein*e Tote*r.



Abschiebung nigerianischer Geflüchteter in Lampedusa, Foto: Borderline Sicilia

Abschiebung aus Libyen mit italienischen Zollfahndungs-T-Shirts

Eine Kuriosität ereignete sich am 13. September bei einer Abschiebung von 53 jungen Ägyptern aus Libyen. Das libysche Innenministerium brüstete sich mit der ‚gelungenen‘ Abschiebung und postete Fotos der jungen Männer, die alle ein T-Shirt der italienischen Zollfahndung (!) trugen. Diese hat die libysche Küstenwache ‚ausgebildet‘. Doch wie

nun die italienischen offiziellen T-Shirts im Fundus des libyschen Innenministeriums gelangt sind, um dann bei Abschiebungen genutzt zu werden, bleibt ein Mysterium, [wie Nello Scavo schreibt](#), ein seit Monaten von libyschen Behörden und Milizen bedrohter italienischer Journalist.

Kriminalisierung von ‚Boat drivers‘

Nicht selten werden vermeintliche ‚boat driver‘ - Menschen, die Geflüchteten auf den Booten nach Europa bringen - fälschlicherweise verhaftet. So wird das Berufungsverfahren für [Medhanie Tesfariamariam Behre](#) im Oktober fortgesetzt. Behre wurde 2016 in Kooperation zwischen der sudanesischen, italienischen und britischen Polizei wegen vermeintlichen Menschenhandels verhaftet. Er musste drei Jahre lang im Gefängnis in Palermo verweilen, da er mit Medhanie Yedhego Mered, alias The General, einem kriminellen Menschenhändler, der zwischen 2013-2016 die Überfahrten organisierte, verwechselt wurde.



Gestrandetes Flüchtlingsboot, Sizilien. Foto: Kristina di Bella

In erster Instanz wurde er von den schwersten Vorwürfen freigesprochen. Ihm wurde u.a. die Beihilfe zur illegalen Einreise von Verwandten und Freund*innen vorgeworfen. Im August 2019 erhielt er einen internationalen Schutzstatus, da er sowohl in Eritrea als auch in den Transitländern der Gefahr von Verfolgung ausgesetzt war. Die Hilfe für Verwandte und Freund*innen, nach Europa zu kommen, erwies sich somit als Unterstützung und Notwendigkeit, eben dieser Gewalt zu entkommen und kann nicht als Straftat bezeichnet werden. Im Berufungsverfahren hatte sich die Staatsanwaltschaft auf Abhörungen, welche

außerhalb italienischen Staatsgebiets ohne die gesetzlich vorgeschriebenen internationalen Rechtshilfeersuchen aufgenommen worden waren (und somit nicht einfach genutzt werden können), gestützt. Der Prozess soll nun erneut aufgerollt werden. Beunruhigend hierbei ist einerseits, dass die italienische Polizei mit Drittländern wie dem Sudan zusammenarbeitet, einem Land, das Menschenrechte nicht achtet und dessen Polizeidienste hochgradig korrupt sind. Andererseits gibt es massive Zweifel an der Ehrlichkeit dieser Untersuchung, bei der letztendlich längst erwiesen wurde, dass Berhe nicht der Gesuchte ist. Der italienische Journalist [Lorenzo Tondo](#) hat die Geschichte Berhes minutiös recherchiert und die Machenschaften der italienischen Staatsanwaltschaft in diesem Fall aufgedeckt.

Kriminalisierung der Hilfe für Geflüchtete

Lange Jahre war Mimmo Lucano bekannt als Bürgermeister des kleinen, unscheinbaren Städtchens Riace in Kalabrien. Er hatte aus dem fast verlassenen Dorf ein Inklusionsprojekt mit Geflüchteten gemacht. Unter Matteo Salvini als Innenminister wurde Lucano als Bürgermeister 2018 abgesetzt und wegen angeblichem Amtsmissbrauch, Gründung einer kriminellen Vereinigung, Beihilfe zur illegalen Einreise und vielem mehr vor Gericht gezerrt (wir [berichteten hier](#)). Nun hat das Gericht von Locri [Lucano zu 13 Jahren und zwei Monaten](#) Haft verurteilt, das hatte nicht einmal die Staatsanwaltschaft gefordert (diese forderte sieben Jahre und 11 Monate). Lucanos Vermögen wird zudem beschlagnahmt und er darf fünf Jahre keine öffentlichen Ämter mehr annehmen. Lucano dazu: „Ich weiß nicht, ob es solche Strafen für Mafia-Verbrechen gibt. Ich hatte mit einem umfassenden Freispruch gerechnet.“ Lucano war zuvor schon vom Obersten Italienischen Gerichtshof für einige der Vorwürfe freigesprochen worden, sein Hausarrest wurde aufgehoben. Doch nun entschied Richter Fulvio Accursi anders. Accursi ist als Anti-Mafiarichter bekannt, er soll auch Personenschutz aufgrund seiner Anti-Mafia-Entscheidungen haben,. Umso unverständlicher ist es, dass er Mimmo Lucano auf eine Stufe mit einem `Ndrag-heta-Boss (kalabrische Mafia) stellt.

Politische Situation in Tunesien

Nachdem am 25. Juli 2021 der Präsident Kais Saied die Regierung abgesetzt hatte (von Gegner*innen als Staatsstreich bezeichnet; wir berichteten [hier](#)), hat die tunesische Polizei das Büro von dem Medienetzwerk [Al Jazeera](#) ohne Vorankündigung gestürmt und alle Mitarbeiter*innen des Gebäudes verwiesen. Die Schlüssel des Büros wurden konfisziert. Al Jazeera bezeichnete die Räumung als einen "Angriff auf die Pressefreiheit". Das lebensgefährliche Risiko, das vor Allem [junge Tunesier*innen](#) immer wieder mit einer Überfahrt nach Europa eingehen, zeigt die schwierige Situation in ihrem Heimatland. Dennoch interessiert sich die EU nicht für die Situation der Menschen vor Ort.



Protest in Tunesien, Foto: Alarm Phone

Schon vor der Absetzung der Regierung kamen vermehrt Menschen aus Tunesien nach Italien und Europa. Daher hatten letztere bereits das Interesse, mit Tunesien zu [kooperieren](#). Die Vermeidung der Überfahrten und die Möglichkeit der Rückführungen stehen hier im Mittelpunkt. Bislang gab es ein Abkommen, dass die Abschiebung von maximal 80 Tunesier*innen die Woche erlaubte, eine bereits beträchtliche Zahl.

Am 20. März hatten sich die italienische Innenministerin Luciana Lamorgese und die europäische Kommissarin für Inneres Ylva Johansson noch mit dem (ehemaligen) tunesischen Premier Hicham Mechichi für ein neues Abkommen getroffen. Doch Mechichi musste im Juli gehen und Italien und die EU befürchteten nun, dass im aktuellen Ausnahmezustand in Tunesien nicht mal mehr die bisher verbrieften Abschiebungen durchgeführt werden könnten, geschweige denn ein neues Abkommen greifen könne. So versucht die italienische Regierung, Tunesien weiterhin zu

unterstützen, damit dieses auch in Zukunft auf die Forderungen Italiens eingeht. Anfang August telefonierte der italienische Ministerpräsident Mario [Draghi](#) mit seinem tunesischen Amtskollegen Saied und sagte ihm weitere Unterstützung zu, wie bereits vor dem Telefonat durch die Lieferung von 1,5 Mio. Impfdosen gegen das Coronavirus gezeigt wurde.

Doch Italien versucht nicht, die politische Situation in Tunesien zu verbessern. Stattdessen steuert es allein [finanzielle Mittel](#) bei, um die Menschen davon abzuhalten, sich auf den Weg über das Mittelmeer zu machen. Bereits im vergangenen Jahr stellte die italienische Regierung 11 Mio. Euro zur Verfügung, um die tunesische Küstenwache zu stärken, um Personal zu schulen und die Ausrüstung zu verbessern. Italien und die EU machen weitere Versprechungen finanzieller Natur, damit Tunesien seine Staatsbürger*innen nicht aus dem eigenen Land lässt. Doch trotz der italienischen [Zurückweisungsbeschlüsse](#) und der drohenden Haft und Abschiebung riskieren vor allem [junge Tunesier*innen](#) immer wieder die Überfahrt.

*Der Protest der Fischer*innen in Zarzis*

Mit der [Blockade des Fischereihafens von Zarzis](#) im Südosten Tunesiens protestieren die Fischer*innen der Vereinigung Zarzis Le Pêcheur – Al Bahar gegen das gewaltvolle Vorgehen der sog. libyschen Küstenwache gegen kleine Fischer*innen in tunesischen Hoheitsgewässern sowie der tunesischen Such- und Rettungszone (SAR zone). Zudem richteten sie einen dringenden Hilferuf an die tunesischen Behörden und veröffentlichten eine Erklärung, in der sie den Schutz durch die tunesische Regierung fordern.

Die Fischer*innen von Zarzis arbeiten in den internationalen Gewässern zwischen Italien, Tunesien und Libyen und sind daher immer wieder an Seenotrettungen von Migrant*innen und Geflüchteten aus Libyen beteiligt. In diesem Sommer haben Entführungen mit Schusswaffen und von Booten sowie Lösegeldforderungen seitens der sog. libyschen Küstenwache stark zugenommen, wie die Fischer*innen jüngst berichteten. Dabei [operiere die sog. libysche Küstenwache](#) nun regelmäßig in tunesischen Hoheitsgewässern, um Migrant*innen nach Libyen zurückzuziehen – genau wie mit

der Europäischen Union, Malta, Tunesien und Libyen vereinbart. Die Fischer*innen sehen darin nicht nur eine Gefährdung ihres eigenen Lebens, sondern die Bedrohung des Fischereisektors sowie die Verletzung der nationalen Souveränität des tunesischen Staates über sein maritimes Territorium.

Italienische Innenministerin: Migration ist kein Konjunkturphänomen

In einem [Interview mit Corriere della Sera](#) stellt die italienische Innenministerin Luciana Lamorgese klar, dass Migrationsbewegungen nicht als vorüberziehendes „Konjunkturphänomen“, sondern als ein strukturelles Phänomen zu begreifen seien, welches die internationale Politik noch lange begleiten werde. Sowohl die negativen sozioökonomischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie als auch die „schweren institutionellen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen in Libyen und Tunesien“ würden gegenwärtige Bewegungen der Migration weiter verstärken. Der neue Europäische Pakt zur Einwanderung und Asyl, auf den die Innenministerin verwies, liest sich in dieser Hinsicht eher wie ein weiterer Versuch, die Bewegungen der Migration aus Westasien und Nordafrika auf Staaten außerhalb der EU zu externalisieren.

Über die verbalen Angriffe Salvinis auf Lamorgese berichteten wir bereits [hier](#) und [hier](#). Die Innenministerin äußerte sich dazu diplomatisch und verwies auf die Schwierigkeiten der Entscheidungsfindung in einer breiten Koalition. Zudem betonte sie, dass Angriffe, die „von den Befürwortern der Regierung kommen und donnernd und persönlich werden“ schädlich für das „Image der Verwaltung und der gesamten Exekutive [seien], und das in einer für das Land sehr heiklen Zeit, in der mehr Zusammenhalt nötig ist“.

Feuer zerstört Saisonarbeiter*innen-Camp und fordert ein Todesopfer

Jedes Jahr zu dieser Zeit findet auf Sizilien die Olivenernte statt. Schwere körperliche Arbeit, die von Migrant*innen für einen Hungerlohn ausgeübt wird. Obwohl ihre Arbeit dringend nötig und systemerhaltend ist, werden sie als Erntehelfer*innen ausgebeutet. Einer der zentralen und bekanntesten Schauplätze befindet sich in Campobello di

Mazara, Sizilien. Unterkünfte und sanitäre Anlagen werden den Arbeiter*innen, wenn überhaupt, nur gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt, die sie von ihrem geringen Lohn abzweigen müssen. Die meisten harren daher in Zelten in der Nähe der Felder aus oder suchen sich andere prekäre Unterkünfte wie z.B. in einer ehemaligen Zementfabrik, die in der vergangenen Nacht für Hunderte zur lebensgefährlichen Falle geworden ist. Gegen Mitternacht brach dort ein Feuer aus, das alles niederbrannte. Müll, der seit über einem Jahr nicht abgeholt wurde, sorgte für zusätzlichen Brennstoff. Die meisten verloren in dem Feuer all ihr Hab und Gut. Dem 30-jährigen Ousman gelang es nicht mehr sich in Sicherheit zu bringen. Er wurde in dieser Nacht von dem Feuer in den Tod gerissen. Jedes Jahr aufs Neue klagen Beobachter*innen, Aktivist*innen und lokale Initiativen die katastrophalen Zustände um Campobello an und fordern die Politik auf, gerechte und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Jedes Jahr aufs Neue geben sich die lokale Autoritäten überrascht und bleiben untätig. Der Auslöser für den Brand ist bislang unklar. Sicher ist jedoch: Das Feuer und somit auch Ousmans Tod waren eine Katastrophe mit Ansage. Lebensbedrohliche Konditionen wie in Moria (Lesbos) oder Campobello sind politischer Wille und das direkte Resultat einer zutiefst rassistischen Gesellschaftsordnung. Saisonarbeiter*innen werden in Europa systematisch ausgebeutet, um unseren Wohlstand zu sichern. Nach dem Brand organisieren sich Aktivist*innen auf ganz Sizilien, um den Betroffenen sofort die nötigste Hilfe zukommen zu lassen.



Erbe Bianche, Lager von Saisonarbeiter*innen auf Sizilien, Foto: Borderline Sicilia

Neues Dekret für Saisonarbeiter*innen

Ein neuer [Beschluss zur Einreise von Saison- und Dauerarbeiter*innen](#) soll bald verabschiedet werden, so der italienische Arbeitsminister Andrea

Orlando. Dies wurde an der Sitzung zur Bekämpfung des ‚caporalato‘ (die illegale Anwerbung von Arbeitskräften) entschieden, an denen auch die Generaldirektorin für Einwanderungs- und Integrationspolitik sowie Vertreter*innen verschiedener nationaler Verbände, teilnahmen. Die Verabschiedung dieses Beschlusses baut auf dem Bossi-Fini-Gesetz von 2002 auf und bedeutet, dass eine legale Form der Einreise für eben jene Personen, die in Italien eine Anstellung gefunden haben, möglich ist. Mit diesem neuen Dekret soll die Quote für Saisonarbeitende, aber auch für Dauerarbeitende erhöht werden. Die Personen sollen in ihren Herkunftsländern direkt nominiert werden und können somit sicher nach Italien gelangen. So die Idee in der Theorie, jedoch sieht es und wird es in der Praxis anders aussehen: Arbeitgeber*innen stellen nur selten unbekannte Menschen aus der Ferne ein. Deswegen werden weiterhin Personen über unsichere und gefährliche Routen nach Italien kommen müssen, um dann vor Ort nach Arbeit zu suchen, die in Italien niemand machen will.

Einfluss der Pandemie auf migrantische Arbeiter*innen

Es überrascht leider nicht und wurde nun von dem Bericht „[Ausländer*innen auf dem Arbeitsmarkt in Italien](#)“ des italienischen Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik bestätigt: migrantische Arbeiter*innen sind überproportional von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. 10% der Arbeitskräfte in Italien haben keinen italienischen Pass (2,3 Mio. Menschen), doch ihr Anteil steigt auf 35% bei denen, die während der Pandemie ihre Arbeit verloren haben (160.000 von 450.000 Menschen). Frauen, die nicht aus der EU kommen, sind besonders betroffen von dem Beschäftigungsverlust. Die steigende Arbeitslosigkeit spiegelt sich in Armut wider. 28% der Haushalte in absoluter Armut sind Haushalte mit Ausländer*innen (die jedoch weniger als 9% der Haushalte in Italien ausmachen).

Minderjährige und der EU-Pakt

Im Juni 2021 wurde von der Vereinigung für juristische Studien zur Einwanderung (ASGI) eine Analyse veröffentlicht, welche den Fokus auf den rechtlichen Rahmen des Schutzes und der Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen legt, die

nach Italien eingereist sind. In dieser Analyse wurden auch die potentiellen Problematiken betrachtet, welche der neue EU-Pakt zu Migration und Asyl für eben diese Minderjährige mit sich bringen könnte.

Laut dem Gesetz 47/2017 haben diese ausländischen Minderjährigen ohne finanzielle Unterstützung und rechtliche Vertretung durch ein Elternteil oder anderen Erwachsenen in Italien den gleichen Schutzanspruch wie italienische Minderjährige und sind somit gesetzlich gleichgestellt. Auch deren Inhaftierung oder Zurückweisung erweisen sich als rechtswidrig. Das Gesetz soll zudem einen bevorzugten Zugang zum Asylverfahren regeln. Leider jedoch werden ausländische Minderjährige (weiterhin) nach ihrer Anreise in Italien über das Mittelmeer auf Quarantäneschiffe gebracht und auch Ausweisungen oder Inhaftierungen vorgenommen. Der neu unterzeichnete EU-Pakt zu Migration und Asyl könne negative Auswirkungen auf ausländische Minderjährige mit sich bringen. Beispielsweise fehle im Pakt die Regelung zur Anwesenheit von Rechtsbeiständen im Vorabprüfungsverfahren. Dies bedeutet eine unsichere Ausgangssituation, in welcher Jugendliche womöglich verhaftet werden können, wenn ihr Alter nicht festgestellt werden kann. ASGI fordert, dass die Meinung der Minderjährigen in jedem rechtlichen Verfahren berücksichtigt werden sollte und mahnt davor, die Nichtzurückweisung und Grundsätze des Kindeswohls zu sichern.



Unbegleitete Minderjährige in Sizilien, Foto: Silvia di Meo

Auch wird gefordert, dass das invasive Verfahren zur Altersbestimmung nur dann durchgeführt werden soll, wenn es echte Zweifel am Alter gebe. Alle Personen, die sich als minderjährig erklären, sollen möglichst rasch in entsprechende

Einrichtungen gebracht werden. Auch soll der Grundsatz des Kindeswohls Vorrang haben und für diese Personengruppe das Kriterium der Zuständigkeit des ersten Mitgliedsstaates, in welchem ein Asylantrag gestellt worden ist, fallen gelassen werden.

Dublin: Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen gegen die Rücküberstellung nach Italien

Mit Hilfe einer [Stellungnahme](#) zur Lage von Asylsuchenden und Personen mit Schutzstatus, insbesondere Dublin-Rückkehrenden in Italien vom Januar 2020, welche von [borderline-europe](#) und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe erstellt wurde, hat das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen am 29.07.2021 in zwei Fällen entschieden, dass [diese nicht in einem Dublin-Verfahren zurück nach Italien](#) gebracht werden dürfen. Den beiden Männern drohe dort erniedrigende und unmenschliche Behandlung. Zuvor waren die Asylanträge vom BAMF mit dem Verweis der Zuständigkeit Italiens abgelehnt worden, wogegen die beiden Männer vor Gericht gingen. Dies könnte zu einem neuen Umgang mit [Asylverfahren](#) in der EU führen. Laut der Dublin-Verordnung dürfen Mitgliedsstaaten der EU Personen in das EU-Land zurückschicken, in welchem sie als erstes registriert wurden. Nun aber werden dank des Gerichtsurteils der Asylantrag des Somaliers, welcher schon den internationalen Schutzstatus in Italien hatte, und der des Maliers, welcher noch keinen Schutzstatus besaß, in Deutschland angehört.

Lesen Sie auch unsere [Scirocco – Kurzinfo Italien](#) und unsere [Central Med Info](#) auf unserer Homepage!

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de